



**Erster Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Rechnungsjahr 2012  
Mitteilungsvorlage**

**Beschlussvorschlag:**

Kein Beschluss vorgesehen.

**Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:**

--

**Sachdarstellung/Begründung:**

**I. Kurzfassung**

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2012 (Stand 31.05.2012). Nach dem derzeitigen Stand muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem negativen Gesamtergebnis von ca. 3,44 Mio. EUR gerechnet werden. Der bisherige Haushaltsverlauf wird insbesondere durch die sich derzeit abzeichnenden Mehraufwendungen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Höhe von ca. 3,7 Mio. EUR und bei der Jugendhilfe in Höhe von ca. 1,1 Mio. EUR negativ beeinflusst. Daneben sind Wenigererträge beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR und bei den Bußgeldern in Höhe von ca. 0,7 Mio. EUR zu erwarten.

**II. Ausführliche Sachdarstellung**

**1. Einleitung**

Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Zeitraum Januar bis Mai ist in Anlage 1 dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2012 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialen Leistungen noch möglich. Der aktuelle Buchungsstand im Ergebnis- und Finanzhaushalt ergibt sich aus den Anlagen 2 und 3.

**2. Stand des Haushaltsvollzugs**

**2.1 Ergebnishaushalt**

Nach dem Stand der Ergebnisrechnung Ende Mai 2012 ergeben sich folgende Entwicklungen bei den wesentlichen Erträgen und Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr:

### 2.1.1 Produktgruppe 61.10 Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach den Mitteilungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft kann der Landkreis aufgrund der aktuellen Mai-Steuerschätzung bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft (Schlüsselzuweisungen) derzeit mit keinen Mehrerträgen rechnen.

### 2.1.2 Produktgruppe 61.10 Grunderwerbsteuer

Noch vor der Anhebung des Steuersatzes zur Erhebung der Grunderwerbsteuer Anfang November 2011 von 3,5 % auf 5,0 % führten vorgezogene Immobiliengeschäfte im Jahr 2011 kurzzeitig zu höheren Erträgen. Das bisherige Aufkommen im Jahr 2012 war dagegen deutlich rückläufig. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2012 bei ca. 11,0 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR weniger als veranschlagt.

### 2.1.3 Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 5,1 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 5,2 Mio. EUR (2011: 5,3 Mio. EUR) um 0,1 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 2,4 Mio. EUR voraussichtlich lediglich ca. 1,7 Mio. EUR (2011: 1,7 Mio. EUR) erzielt werden.

### 2.1.4 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 40,7 Mio. EUR) kann voraussichtlich der Haushaltsansatz eingehalten werden.

### 2.1.5 Soziale Leistungen

Nach dem derzeitigen Stand wird bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich ein erhöhter Zuschussbedarf von ca. 3,6 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

#### a) Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

##### - Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege entwickelt sich mit voraussichtlich zu erwartenden Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,1 Mio. EUR nahezu im Rahmen des Planansatzes.

##### - Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Basis für die Haushaltsansätze 2012 waren die Ansätze des Haushaltsplans 2011. Doch bereits 2011 sind die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe um weitere ca. 6 % (Stichtag 31.12.2011) und damit deutlich über den Planungen für das Jahr 2011 gestiegen. Zwar konnte durch konsequente Hilfeplanung eine Zunahme im stationären Bereich vermieden werden, ein deutlicher Zuwachs war jedoch konsequenterweise im ambulanten Bereich zu verzeichnen.

Daher stiegen auch die Aufwendungen für die Unterstützungsleistungen im ambulanten Bereich stark an. Das Rechnungsergebnis liegt deshalb ca. 2,4 Mio. EUR über dem Planansatz.

Auf diesem hohen Niveau des Ergebnisses 2011 setzt sich die finanzielle Entwicklung 2012 fort.

Auch die Fallzahlen nehmen 2012 weitgehend unverändert zu. Zu den Haushaltsberatungen und für den zweiten Finanzzwischenbericht wird wie in den vergangenen Jahren wieder detailliert über die Entwicklung der Fallzahlen im ersten Halbjahr berichtet.

Darüber hinaus ist ausgelöst durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, an den viele Einrichtungen gebunden sind, mit deutlichen Kostensteigerungen für die Leistungen in der Eingliederungshilfe zu rechnen.

So werden in den laufenden Vergütungsverhandlungen von den Leistungserbringern Erhöhungen in einer Größenordnung von bis zu 15 % gefordert. Erste Abschlüsse mit den großen Trägern liegen deutlich unter diesen Forderungen aber über den Planungen für das Jahr 2012.

- Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Hilfe zum Lebensunterhalt ist weiter rückläufig.

Bei der Grundsicherung im Alter wirkt sich die zum 01.09.2011 beschlossene Erhöhung der Mietobergrenze kostensteigernd aus. Die Mietobergrenzen wurden, je nach Größe und Lage der Wohnung, um durchschnittlich 20 EUR pro Monat erhöht.

Auch bei der Grundsicherung gibt es weiterhin hohe Fallzuwächse; allein im ersten Quartal 2012 um 3,7 %.

Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge in 2012 führen bei Stadt und Landkreis zu Kostensteigerungen in Höhe von rund 120.000 EUR.

- Andere soziale Hilfen der Produktgruppe 31.10

Im Bereich der anderen sozialen Hilfen werden u. a. die Kosten für Krankenhausaufenthalte und Bestattungen verbucht. Diese Aufwendungen sind sehr schwer planbar.

Mehraufwendungen sind im Bereich der Bestattungskosten (insg. Stand 31.05. rund 33.000 EUR über Plan) und durch einen leichten Fallanstieg (weitere drei Fälle) bei den Hilfen nach § 67 SGB XII (Hilfen in besonderen Lebenslagen) zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Fallkosten betragen 2.300 EUR im Monat im stationären Bereich.

Daneben besteht wegen eines anhängigen Gerichtsverfahrens für Abrechnungen mit den Krankenkassen ein Risiko von mindestens 180.000 EUR.

b) Produktgruppe 31.20 – Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist rückläufig. Damit liegen die Zahlen der Grundsicherung im SGB II leicht unter Plan. Wegen des gleichzeitigen Anstiegs der Mietkosten und der Erhöhung der Regelsätze bleibt abzuwarten, ob dieser Trend anhält.

c) Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Auch im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe waren die Ansätze des Haushaltsplans 2011 Basis für die Haushaltsansätze 2012. Nach der vorläufigen Haushaltsrechnung 2011 liegt das Rechnungsergebnis um 1,34 Mio. EUR über dem Planansatz. Ausgehend von diesem Niveau wird sich die finanzielle Entwicklung 2012 fortsetzen.

Die Fachleistungsstunde wurde mit Wirkung ab 01.03.2012 verhandelt. Für Altfälle wurde ein Übergangszeitraum geschaffen, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle Fälle auf die Fachleistungsstunde umgestellt sind. Bei der Umstellung wird gleichzeitig der noch bestehende Bedarf geprüft, so dass sich keine mathematische Umrechnung der bisherigen Stunden zu den neu festgelegten Stunden ergibt. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht konkret berechnet werden, welche Einsparung sich erzielen lässt.

Zum zweiten Finanzzwischenbericht werden konkrete Daten vorliegen, die dann in der Hochrechnung zum Jahresende berücksichtigt werden.

In der Tagespflege soll zum 01.05.2012 die laufende Geldleistung an die Tagespflegepersonen aufgrund einer landesweiten Empfehlung angepasst werden. Zusammen mit dem weiteren Ausbau von ca. 90 Plätzen bis Jahresende ist mit Mehraufwendungen von 817.000 EUR zu rechnen. Aufgrund der in der Haushaltsplanung bereits bekannten Mehrerträge durch erhöhte Zuweisungen nach dem FAG wird sich hier eine überplanmäßige Aufwendung mit 110.550 EUR ergeben.

Die ebenfalls zum 01.05.2012 vorgesehene Änderung bei der Kostenbeteiligung der Eltern für den Bereich der Kindertagespflege führt zu veränderten Erträgen. Aufgrund der Neuberechnung aller Fälle kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden, in welcher Größenordnung sich Mehr- oder Wenigererträge bewegen werden.

Im Bereich der Eingliederungshilfe kommt es weiterhin zu einem Anstieg bei den Fällen Schulbegleitung. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall belaufen sich auf 1.500 EUR pro Monat. Durch die Möglichkeit der Eltern, der Wahl der Schule, sind im laufenden Schuljahr die Fallzahlen gegenüber dem letzten Schuljahr bereits angestiegen. Für das Kalenderjahr 2012 ist mit einem Anstieg von 10 bis 15 Fällen auszugehen. Dies bedeutet einen Anstieg der Aufwendungen für Schulbegleitung mit 180.000 EUR bis 270.000 EUR.

## 2.2 Finanzhaushalt

### 2.2.1 Produktgruppe 21.30 Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach

Für die Baumaßnahme wurden in den Haushalt 2012 zur Restfinanzierung noch 2,88 Mio. EUR eingeplant. Aus dem Jahr 2011 stehen noch Haushaltsmittel in Höhe von ca. 2,9 Mio. EUR zur Verfügung. Im laufenden Jahr sind bisher ca. 0,9 Mio. EUR abgeflossen. Von dem eingeplanten Landeszuschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR wurde im Jahr 2012 ein weiterer Teilbetrag in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR bereits ausbezahlt.

### 2.2.2 Produktgruppe 41.10 Klinikum am Steinenberg Reutlingen, Bettenhäuser Süd A und B

Für den Neubau der Bettenhäuser Süd A und B beim Klinikum am Steinenberg Reutlingen wurden in den Haushalt 2012 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt ca. 8,5 Mio. EUR eingeplant. Hiervon wurden bisher ca. 5,6 Mio. EUR ausbezahlt.

## 3. Liquidität

Die Liquidität war in den ersten fünf Monaten sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung bereits langfristige Kredite in Höhe von insgesamt 7,85 Mio. EUR aufgenommen. Die Kreditaufnahmen gehen noch zu Lasten der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung aus dem Jahr 2011. Weitere Kreditaufnahmen in Höhe von ca. 13 Mio. EUR (Kreditermächtigung 2012) werden voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2012 erforderlich. Die Entwicklung der Liquidität des Landkreises in den Jahren 2010 bis 2012 ist aus Anlage 4 ersichtlich.

## 4. Vorausschau

Bei der Aufstellung des Haushalts 2012 wurde insbesondere auch aus Rücksicht auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden von optimistischen Annahmen ausgegangen. Bei den Beratungen zum Haushalt wurde darauf hingewiesen, dass vor allem bei den Sozialaufwendungen, der Grunderwerbsteuer und den Bußgeldern Haushaltsrisiken bestehen. Der bisherige Haushaltsvollzug zeigt, dass sich nun diese Risiken zu realisieren scheinen.

- a) Nach dem derzeitigen Stand (Ende Mai 2012) muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von ca. 3,44 Mio. EUR gerechnet werden. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose sehr schmal, deshalb können sich im Laufe des Jahres noch erhebliche Veränderungen ergeben.
- b) Unabhängig hiervon ist das vorliegende Ergebnis Anlass für die Verwaltung, alle Einsparmöglichkeiten zu nutzen und den eingeschlagenen Kurs der Sparsamkeit konsequent fortzusetzen.